

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Druckort: Dresden. Verleger: Carl Schönbach, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Sport monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen 1,70 M. unter Anrechnung für Deutschland und Österreich 1,80 M. 7.10. Größtenteils täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Redaktion: Westerntorplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Westerntorplatz 10. Tel. 25261. Wochensatzpreis von 9 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. Inserate werden die 7spaltige Zeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Barzahlung. Inserate müssen bis spätestens 1/2 1 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 30. Dresden, Donnerstag den 6. Februar 1919. 30. Jahrg.

Koste über Bremen.

Bremen, Hamburg, Düsseldorf usw.

Die Probleme dieser Zeit häufen sich so, daß wir uns nicht auf ein neues Gesicht einstellen müssen. Seit dem 1. November kämpft sich die Revolution Schritt um Schritt vorwärts, ohne daß ein literarer Horizont sichtbar wird. Die K- und S-Räte gefesselt waren, begannen ihre Arbeit an Befreiung der öffentlichen Sicherheit, dann der Kampf gegen die bolschewistischen Diktatorabläuter, die Einzelkämpfer gegen die Wahlergebnisse der Arbeiterpartei, die spartakistischen Fische in Berlin und anderen Teilen des Reichs. Jetzt, da das Volk seinen politischen Willen mit den Wahlen zur Nationalversammlung ausgedrückt hat, geht das Ringen um die Sicherung des Volkswillens.

Auch die Kämpfe der Division Gerstenberg in und um Bremen haben kein anderes Ziel, als dem Mehrheitspartei zu seinem Rechte zu verhelfen. Die Wahlen haben bewiesen, daß ein gewaltiger Teil des Volkes hinter der Mehrheitspartei steht, daß eine überwindende Mehrheit des Volkes hinter der jetzigen Regierung und ihrem demokratischen Programm steht. Darauf haben die Bremer Spartakusleute und Unabhängigen bis heute gebissen. Sollte da die Regierung ruhig zusehen, wie alle ihre Anordnungen sabotiert werden, wie eine Fimberheit mit Wohl und Willen der Mehrheit spielt? In einigen Wochen soll die Ausfahrt der Handelschiffe zum Lebensmittellieferanten beginnen. Bremen wird in allen Fragen unter künftigen Lebensmittellieferanten als Hafenstadt eine wichtige Rolle spielen. Darum muß die deutsche Regierung von der Bremer Regierung verlangen, daß dort endlich demokratische Rechtszustände geschaffen werden. Selbst die Bremer Mehrheitspartei, die bis zum letzten Augenblick gütlich zu verhandeln suchte, mußten sich schließlich dem Vorwärtigen der Division Gerstenberg erklaren.

Daß sich bei dieser Gelegenheit in allen unabhängigen Stadtkreisen das Gefühl über die Blutjustiz erneuert wurde, war vorauszuweisen. In Hamburg beschloß unter dem Einfluß dieses Geistes etwas mehr als die Hälfte des K- und S-Rates, den Bremer Diktatorsozialisten zu Hilfe zu kommen. Etwas mehr als die Hälfte darauf verweigerten die Eisenbahnenbediensteten die Befreiung der Hamburger Truppen. Alle Drohungen mit den Waffen nutzten nichts. Sie hatten nur zur Folge, daß auch die Telegraphenbeamten die Dienste einstellten. Ein neues Drama hat sich aus dem Wermar durch den Streik der politischen Streitkräfte gegen die Diktatur und für die Grundrechte der Demokratie! Hamburg steht mit dieser Erscheinung nicht allein; auch in Düsseldorf und Rülshelm (Ruhr) streiken die Beamten gegen den Spartakusterror und in Hildesheim fordert die Generale des Beamtenvereins mit einem Ultimatum an den K- und S-Rat, daß er nicht weiter gegen die Regierung vorgehe, sonst würden sämtliche Beamten in den Ausstand treten.

Kriegshandwerk darum überwinden haben, weil sie Deutschland und die deutsche Revolution nicht vor die Hunde gehen lassen wollen!

Uns wundert am unabhängigen Pressestand so ziemlich nichts mehr. Der Leipziger unabhängige Arbeiter, die Bremer Volkszeitung, hat die Wahlkollaboration gegen die Sozialdemokratie derart mit den Mitteln der Lüge und Verleumdung getrieben, daß uns auf jeder Seite kein Schwandelfall mehr überreichen kann. Selbst Namen wurden geübt, wenn die richtigen diesem laubhaften Blatte nicht in den Arm hätten. Alles an diesen Leuten ist Unwahrscheinlichkeit und Halbheit. Ich kürzlich erklärte der frühere Redakteur der unabhängigen Freiheit, Rehrig, in der Zeitungszeitung der Sozialisten, daß die Unabhängigen überhaupt keine Politik treiben und daß ihr Mangel an Entschlußkraft mit der Spartakusgruppe zu brechen. Schuld daran sei, wenn jetzt der deutsche Sozialismus in der Nationalversammlung seine Mehrheit habe. Und im Chemnitzer Spartakusorgan Der Kämpfer wird den Unabhängigen mit Recht politische Halbheit und ihren tatsächlichen Exministern bürokratische Kniffligkeit vorgeworfen.

Lagerungszustand berhängt. Die Todesstrafe wurde für Vergehen gegen den Belagerungszustand angedroht. Eine ganz besondere Rolle dabei spielte Bremen als Seehafen. Die Schiffe konnten nicht rechtzeitig auslaufen und sind erst abgeholfen, als man den kommunizistischen Seeleuten ganz besonders hohe Prämien zahlte. Die Zustände wurden unhaltbar, als die Lebensmittelchiffe auslaufen sollten. Nachdem sich der Transportarbeiterverband und die Arbeiter geeinigt hatten, stellten die kommunistischen, internationalen Seeleute die verrücktesten Erpressungsforderungen und drohten, keine Schiffe ausfahren zu lassen, wenn ihre Forderungen nicht restlos bewilligt würden. Sogar die Sabotage aller Lebensmittelchiffe wurde in Aussicht gestellt, wenn wir nicht sofort nachgaben. Da mußten wir Ordnung schaffen, wenn nicht die Ernährung des deutschen Volkes hilflos gefährdet werden sollte. Nach längerem Jögern entschloß sich die Regierung zu militärischem Eingreifen, nicht auf Trümpfen irgend welcher Militaristen, sondern auf einfachem Pflichtgefühl. Die Divisionen Gerstenberg hatten durch einstimmigen Beschluß der Reichsregierung festgelegte genaue Vorschriften. Der Einmarsch in Bremen und die Entwaffnung wurden vielleicht ohne Blutvergießen abgegangen, wenn sich der Hamburger Soldatenrat nicht eingemischt hätte. Leider hat sich ein Teil unserer Parteigenossen von der Seite gegen die Reichsregierung ins Schlepptau nehmen lassen. Von allen Vorgängen der letzten Wochen war mir das Bedrückendste, daß die Freiheit einen Artikel des Hamburger Echo nachdrucken konnte, der uns als Wiederhersteller des Militarismus und als Verberber der Revolution beschimpfte. Unsere eigenen Parteigenossen sind uns in dieser schwierigen Lage in den Rücken gefallen. Das ist teurer für die ganze Sozialdemokratie. Wenn das so weiter geht, dann können wir lieber gleich unsere Bankrott erklären, und den Bankrott der Revolution dazu. Solange wir aber die Kraft haben, werden wir die Freiheit des deutschen Volkes gegen die terroristischen Gewaltakte einer kleinen Minderheit zur Geltung bringen. Die Schuld am Blutvergießen, das leider unvermeidlich war, trifft uns nicht, sondern die, die den Willen des deutschen Volkes nicht anerkennen wollen. Ich fordere Sie auf, das Vorgehen der Regierung in der Bremer Angelegenheit ausdrücklich zu billigen.

In diesen Tagen werden mit dem Zusammenritt der Nationalversammlung in Weimar wichtige Entscheidungen fallen. Wie sich auch die Mehrheitsbildung vollziehen mag — eine andere als freibeiwillige, sozialistische Beleggebung kann es nicht geben, wenn Deutschland nicht im Bankrott verfallen soll. Ueber die Gegenwartsfragen darf unser Streben nach dem letzten und höchsten Ziel des Sozialismus nicht erlahmen. Wir gehen mit unserer Auffassung von Demokratie und Sozialismus nicht neben Karst, dem Theoretiker der Unabhängigen. Wenn die ewig händel- und pendelbüchigen Unabhängigen davon abrücken wollen, soll ihnen dies unbenommen bleiben. Nur darüber sollten sie sich klar werden, daß sich heute alle Auseinandersetzungen nur auf dem Boden der Demokratie abspielen können. Wo mit Gewalt die Diktatur einer Minderheit versucht wird, muß sie an der Gewalt scheitern.

Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Am Schluß der einsehenden Diskussion erklärte sich die Fraktion mit dem Vorgehen der Regierung vollkommen einverstanden.

Warum

arbeiten die Konservativen und Nationalliberalen mit Hochdruck für die

Stadtverordnetenwahl?

Um die bisherige Interessenwirtschaft auch im neuen Stadtverordnetenkollegium aufrecht zu erhalten und bei der künftigen Steuerreform die Geldsäcke der Reichen zu schonen. Verhindert das mit dem sozialdemokratischen Stimmzettel für

Kühn, Nizsche und Genossen!

Vertrauensvotum für Koste.

(Privattelegramm)

Die sozialdemokratische Fraktion in Weimar beschäftigte sich gestern, den 5. Februar, nachmittags, mit den Bremer Vorkommnissen. Genosse Koste führte aus:

Die Revolution im allgemeinen hatte das Ziel, die größtmögliche politische und persönliche Freiheit in Deutschland herzustellen. In einzelnen Orten aber hat eine Minderheit von Arbeitern mit Pistolen und Handgranaten eine neue Gewalt Herrschaft aufgestellt. Besonders schlimm war es in dieser Beziehung in Bremen. Von Versammlungsfreiheit war keine Rede, von Pressefreiheit noch weniger. Unter Parteiblatt wurde uns gerandt. Die bürgerliche Presse war unter Zensur und Inzergen verboten. Das aus dem Felde zurückgekehrte Regiment 75 wurde unter tätigerigen Verprügelungen vor das Maschinengewehr gelockt und dann unter Beschuß der feierlichen Vereinarbeitungen entwaffnet. Mit vorgehaltenem Revolver wurde unsrer Partei der Wahlfonds von 25 000 Mark abgepreßt.

Mit vorgehaltenem Revolver wurde die Post gezwungen, das Bremer Depot der Bremer Bürgerzeitung herauszugeben. Auch aus andern Anlässen wurden ähnliche Brandanschlagsfälle wiederholt gegen Bremer Posten unternommen. An Stelle der Freiheit wurde über Bremen das Be-

Belagerungszustand in Bremen.

Bremen, 5. Februar. In die Einwohnerstadt Bremen wurde von der Division Gerstenberg ein Kurier entsandt, in dem es heißt: Die Division Gerstenberg ist im Auftrag der Regierung eingetroffen. Sie hat den Oberbefehl in Bremen übernommen. Ihre Aufgabe ist es, das Leben und das Eigentum jedes friedlichen Einwohners zu schützen. Heißt uns dabel!

Unter Bezugnahme auf den Anlauf der Division Gerstenberg in Bremen, die provisorische Regierung der Belagerungszustand über Stadt und Landkreis Bremen berhängt. Durch das Freikorps Gerstenberg werden in Bremen Ordnung und Sicherheit wieder hergestellt. Diese dazuer zu gewährleisten und das Gemeinwesen gegen jede Revolution von rechts und links zu schützen, ist nunmehr eigene Aufgabe der Bevölkerung Bremens. Die provisorische Regierung wendet sich daher an alle wehrfähigen Bremer, die bereit sind, die Reichsregierung und die provisorische Regierung Bremens zu schützen, um dem Anlauf, ihr dabel zu helfen. In diesem Zweck wird eine Regierungsschutztruppe unter Major Caspar gebildet. Die Aufgabe dieser Truppe besteht in der Sicherung und dem Schutz der provisorischen Regierung Bremens und der Bremer Nationalversammlung. Weiter wird eine Stadtpolizei zur Verhinderung des Sicherheitschuges gebildet. Die Aufgabe dieser Behörde besteht in der Unterstützung der Bremer Polizei im Sicherheitsdienst.

Die Kämpfe.

Hannover, 6. Februar. Nach aus Bremen vorliegenden Meldungen wurde heute nachmittag die Allernachbarstadt Weser, ein Hauptvertriebsort der Spartakisten, von diesen freiwillig geräumt. Die in der Richtung Rittsche abrückten, wobei sie Verhaftungen, in an sprich von 12000 Mann, aus Hamburg erwarteten. Der Donner der Geschütze ist jetzt verstummt, der bereits in den frühen Morgenstunden auf beiden Seiten mit voller Macht wieder eingesetzt hatte. Erste wurden 24 Tote und 25 zum Teil schwer Verwundete gezählt. Die Führer der Unabhängigen, Koste und Kaminowitz, sind verschwunden.

Spartakusterror in Hamburg.

Hamburg, 5. Februar. Der Zentralrat der Arbeiterpartei in der Provinz Grob-Hamburgs eine Mitteilung, die lautet: Am 4. Februar forderten demoffene Soldaten und Arbeiter